

Informationsvorlage		Vorlage-Nr: 2019/MC/032
Federführend: Bürgermeister		Status: öffentlich
		Datum: 25.02.2019
		Verfasser: Herr A. Müller
		FBL: Herr A. Müller
Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung der Stadtvertretung am 06.03.2019		
Behandlung	Termin	Beratungsfolge
Öffentlich	06.03.2019	Stadtvertretung der Stadt Malchin

Information:

Die Stadtvertretung nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Anlagen:

Bericht des Bürgermeisters
Foto Baum
Emissionsmessungen Heizkraftwerk
Konjunkturumfrage IHK

Verwaltungsbericht zur Sitzung der Stadtvertretung am 6. März 2019

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter.

Die Haushaltssatzung 2018/2019 wurde nach der Beschlussfassung durch die Stadtvertretung im Dezember der unteren Rechtsaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt. Der Haushalt für das Jahr 2018 wurde am 12. Dezember 2018 genehmigt und mit Datum vom 17. Dezember öffentlich bekannt gemacht. Für den Stellenplan 2019 haben wir eine Einzelgenehmigung erhalten. Gegenwertig wird am Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 gearbeitet, der Voraussetzung für die Genehmigung des Teilhaushaltes 2019 ist.

Der Rechnungsprüfungsausschuss tagte am 25 Februar. Beschlossen wurden der Jahresabschluss 2016 für die Gemeinde Duckow sowie das städtebauliche Sondervermögen. Zum Ende des letzten Jahres gab es noch die überörtliche Prüfung für die Berechnung und Festsetzung der Amtsumlage 2017. Durch die Prüfer wurde uns die Ordnungsmäßigkeit der Berechnung der Amtsumlage bescheinigt. Auch die Berechnung der Schulkostenbeiträge wurde ohne wesentliche Beanstandungen als ordnungsgemäß festgestellt. Ebenfalls ohne Beanstandungen war auch die Prüfung der Rentenversicherung für die Jahre 2014 bis 2017.

Die Rechtsverordnung zur Gebietsänderung mit der Gemeinde Duckow wurde im Dezember letzten Jahres im Amtsblatt veröffentlicht. Die ausgelobte Fusionsprämie wurde mit Antrag vom 9. Januar 2019 durch das Innenministerium des Landes M-V bewilligt. Der Geldeingang steht aber noch aus.

Das Sozialwerk der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Malchin-Teterow e.V. hat am 25. Januar dieses Jahres zu einer Festveranstaltung anlässlich des 25-jährigen Jubiläums eingeladen. In einem dem Ereignis würdigen Rahmen wurde dieses Jubiläum begangen. Festredner waren neben dem Vorstandsvorsitzenden des Sozialwerkes, Herrn Manfred Dahms, der Landespastor Paul Philipps, der Bürgerbeauftragte des Landes M-V, Herr Matthias Crone, der stellvertretende Landrat Herr Thomas Müller, Frau Rita Düde-Grandke als Geschäftsführerin des Vereins und der Bürgermeister der Stadt Malchin. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch Annika Kempf von der Regionalmusikschule Malchin e.V. und dem Projektchor des Sozialwerkes, der aus Mitarbeitern der Einrichtung bestand.

Das Sozialwerk beschäftigt derzeit 21 Mitarbeiter, die von ca. 90 ehrenamtlichen Kräften unterstützt werden. In Würdigung ihrer Leistungen wurden die Gründungsmitglieder des Sozialwerkes mit einem Eintrag in das Ehrenbuch der Stadt Malchin geehrt.

Für den 30. Januar 2019 hat unser Amtswehrführer, Herr Dirk Giese, zur turnusmäßigen Wehrführertagung eingeladen. Schwerpunkte der Beratung waren unter anderem:

- der aktuelle Stand der Brandschutzbedarfsplanung
- der aktuelle Stand der Jugendarbeit und Nachwuchsgewinnung
- der Stand der SMS-Alarmierung und
- der Stand der Truppmannausbildung.

Mit Schreiben vom 14. Februar, wurde die Erklärung der Stadt Malchin, als Zuwendungsempfänger zum Förderantrag für die neue Drehleiter an die fachlich zuständige Stelle im Innenministerium des Landes M-V übergeben. Wir hoffen, dass wir in naher Zukunft die Förderbescheide zum Kauf der neuen Drehleiter durch das Innenministerium und den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte überreicht bekommen.

Ein intensiv diskutiertes Thema ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach § 8 KAG M-V. Das Innenministerium befasst sich aktuell mit der Erarbeitung der rechtlichen Regelungen zur konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der beabsichtigten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Klargestellt wurde nochmal, dass mit dem „Beginn der Durchführung einer Straßenbaumaßnahme“ erste Tiefbaumaßnahmen, die nach außen hin sichtbar ausgeführt wurden (der s. g. erste Spatenstich) gemeint sind. Das Erstellen von (Ausführungs) Plänen, Erläuterungsabsichten oder ein Beschluss der Stadtvertretung über ein Straßenbauvorhaben reichen nicht als „Baubeginn“ aus. Diese Feststellung ist wichtig für die „Stichtagsregelung“, das heißt für die Meldung von Straßenbaumaßnahmen, deren Durchführung im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019 begonnen haben bzw. begonnen werden sollen. Mit Termin 25. Januar 2019 mussten wir diesbezüglich alle Straßenbaumaßnahmen und den von den Beitragspflichtigen zu tragenden umlagefähigen Aufwand, auf der Grundlage der jeweiligen gemeindlichen Satzung, an das Innenministerium melden. Das haben wir termingerecht getan.

Vorgenommen hat sich die Landesregierung auch die vollständige Beitragsfreiheit in der Kindertagesförderung (Gesetz zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes M-V). Mit der Einführung der Beitragsfreiheit für die Eltern soll auch gleichzeitig das Verfahren der gemeindlichen (finanziellen) Beteiligung geändert werden. Danach sollen die Gemeinden in Zukunft pro Platz eine Pauschale zahlen. Eine Differenzierung zwischen Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen soll nicht mehr erfolgen. Das gilt auch für Ganztags-, Halbtags- und Teilzeitplätze. Laut Gesetzentwurf sollen pro Platz dann nur noch pauschal 149,39 € in 2020 und 152,83 € in 2021 gezahlt werden, unabhängig, welche Einrichtung besucht wird und egal, wie lange ein Kind die Einrichtung besucht.

Im konkreten bedeutet dies:

Im Jahr 2019 besuchen 709 Kinder die v.g. Einrichtungen im gesamten Amtsgebiet. Auf das gesamte Amtsgebiet hochgerechnet ergeben sich für das Jahr 2020 Mehrausgaben in Höhe von 129.342 € und 158.500 € für das Jahr 2021. Für die Stadt Malchin bedeutet dies konkret Mehrausgaben in Höhe von 24.800 € im Jahr 2020 und 41.500 € für das Jahr 2021. Bei aller Sympathie für die Beitragsfreiheit kann und darf es nicht sein, dass dieses Vorhaben der Landesregierung wieder zu Lasten und Kosten der Städte und Gemeinden geht.

Hausinterne Organisationsänderungen gab es hinsichtlich der Erfassung unserer Bäume und der Baumpflege bzw. Baumkontrolle. Diese Arbeiten wurden zusammengefasst und werden ab Januar dieses Jahres vollständig vom Stadtbauhof erledigt. Für die Stadt Malchin wurden mit Stand 31. Dezember 2018 2088 Bäume erfasst und einer Erstkontrolle/Erstbewertung unterzogen. 148 Bäume wurden in Folge der Erstkontrolle abgenommen. In Folge einer ersten Regelkontrolle müssen 1940 Bäume im Stadtgebiet wiederholt betrachtet werden, davon sind bereits 998 Fälle abgearbeitet worden. Offen in der Nachkontrolle sind damit noch 437 Bäume zuzüglich der weiteren Ersterfassung von ca. nochmal 3.400 Bäumen.

Für Diskussionen hat die Fällung der Kastanie in Vorbereitung der Baumaßnahme „Nordquartier“ gesorgt. In Vorbereitung der Baumaßnahme wurde der Gesundheitszustand der Kastanie begutachtet. Dabei wurde festgestellt, dass der Stamm faulig bzw. hohl ist (Foto siehe Anlage 1) und damit die Lebenserwartung der Kastanie überschaubar ist. Aus diesem Grund haben wir entschieden, die Kastanie abzunehmen und im Zuge der Neugestaltung des Parkplatzes

durch eine Neupflanzung (keine Kastanie) zu ersetzen. Die Baumaßnahme soll im März/April beginnen und im August dieses Jahres beendet werden.

Als Gemeinschaftsaufgabe mit dem WasserZweckVerband (WZV) ist die Sanierung der Petersilienstraße geplant. Hier laufen derzeit die Vorbereitungen zur Ausschreibung der Maßnahme. Ebenfalls wird die Maßnahme „Barrierefreie Sanierung“ des Marktes, die Erneuerung der Rathausstreppe sowie die energetische Sanierung des Rathauses vorbereitet, die in diesem Jahr ebenfalls noch umgesetzt werden sollen.

Im März soll mit dem Rückbau und teilweisen Abriss des Wohnblockes „Am Zachow 1 - 8“ begonnen werden. Abgerissen werden auch die beiden Wohnblöcke in der Stavenhagener Straße. Die Vorbereitungen dazu laufen, die notwendigen Genehmigungen werden derzeit durch die Vorhabenträger eingeholt bzw. liegen vor.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2018 teilte uns das STALU MSE mit, das die Betriebsfreigabepfung für die Errichtung und den Betrieb einer Biogasaufbereitungsanlage auf dem Gelände der Biogasanlage Malchin (Firma DANPOWER GmbH) am 29. November 2018 erfolgt ist. Damit darf die Anlage den Betrieb im genehmigten Umfang aufnehmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmal an den Tag der offenen Tür am 29. Juni 2019 erinnern.

Auf Wunsch der MVVGmbH fand am 13. Februar 2019 eine Begehung unseres Busbahnhofs statt. Im Bereich der Kurvenradien zu den Bussteigen sind die Pflastersteine abgesackt, so dass die Niederflurbusse der MVVGmbH Probleme beim Anfahren der Haltstellen haben. Gegenwärtig sind wir dabei, von geeigneten Fachfirmen Kostenangebote zur Beseitigung dieser Schäden einzuholen.

Das Grundstück des ehemaligen Spielplatzes in der Kreuzstraße wurde öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben. Das Grundstück kann mit einem Wohnhaus bebaut werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter.

Die durch die Fürstenhof AG am Standort Malchin (Gewerbegebiet Mühlentor) geplante Errichtung von sieben Silos hat u.a. in den Fachausschüssen der Stadtvertretung wie auch in der Bevölkerung zu teils erheblichen Diskussionen geführt in deren Ergebnis die Stadtvertretung das gemeindliche Einvernehmen zu diesem Vorhaben nicht erteilt hat. Wir stehen nun vor dem Problem, dass das

gemeindliche Einvernehmen durch den Landkreis MSE als zuständige Genehmigungsbehörde ersetzt werden könnte, da es keine rechtlich relevanten Gründe zur Versagung der Baugenehmigung am besagten Standort gibt. Da sich Einwohner unserer Stadt mit ihren Bedenken zu diesem Vorhaben nicht nur an uns sondern auch an den Landkreis gewandt haben, wird es am 5. März mit den betroffenen Einwohnern, Vertretern des Landkreises und der Stadt ein Treffen geben, in dem die verschiedenen Standpunkte und rechtlichen Fragen und Folgen nochmal besprochen werden sollen.

Ein Dauerthema war und ist die Straßenbeleuchtung in Scharpzow. Wir haben in den letzten Wochen mehrere intensive Gespräche mit dem Planungsbüro und dem Hersteller der Solarleuchten geführt. Im Ergebnis unserer Gespräche werden wir wahrscheinlich alle 31 Akkus gegen leistungsstärkere Akkus tauschen. Getauscht werden sollen ebenfalls die Leuchtmittel und die Programmierung der Solarmodule optimiert werden. Vorgesehen ist derzeit auch eine Nachtabschaltung, wenigstens aber eine Nachtabsenkung der Leuchtleistung in der Zeit von ca. 23.00 bis 5.00 Uhr. Ein entsprechendes Kostenangebot liegt mittlerweile vor. Nach Klärung der Finanzierung wird eine Beauftragung der Leistung erfolgen. Auf Grund der permanenten Berichterstattung in den überörtlichen Medien haben sich einige Büros, die sich auf erneuerbare Energien spezialisiert haben bei uns gemeldet und angeboten, uns unentgeltlich bei der Lösung dieses Problems zu unterstützen. Diese Beratungsangebote werden wir annehmen, bevor wir wie vor genannt, weitere Schritte unternehmen.

Begonnen wurde mit dem Bau des Radweges parallel zur B 104 vom Abzweig Duckow nach Kölpin. Am 14. Februar fand bei uns im Rathaus eine zweite Vorstellungs- und Erörterungsrunde zur Vorplanung des Radweges vom Hainholz bis zum Abzweig Peenhäuser statt. Im Ergebnis der Diskussion wurde eine Trassenvariante festgelegt, die nun planungstechnisch weiter vorbereitet wird.

Mit den letzten Restarbeiten auf „Koesters Eck“ wurde auf Grund der günstigen Witterung begonnen. Abzuarbeiten sind noch:

- die Pflasterung um unseren Aufsteller „Segelboot“
- die Pflasterung im Bereich der Eigenheime und
- Lieferung der letzten Ausrüstungsgegenstände wie Blumenkübel und Schaukasten.
-

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter.

Am 15. Januar wurde in den Räumlichkeiten des Gymnasiums die Konzeptstudie für ein Schulzentrum in Malchin vorgestellt. Vorgestellt wurden drei Varianten:

1. Sanierung der Schulen im Bestand
2. Bau eines Schulzentrum an der Walter-Block-Straße unter Einbeziehung der Realschule und des Gymnasiums und
3. der Bau eines neuen Schulzentrums an der Warener Straße.

Es wurde im Laufe der sich an die Vorstellung anschließenden Diskussion vereinbart, dass sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Landkreises, der Stadt, den Direktoren der Schulen und Schülervertretern zusammenfinden wird, um die Anregungen, Hinweise, Ergänzungen und Änderungen zu den einzelnen Varianten zu diskutieren und zu bewerten. Ziel ist es, bis zum Sommer eine Variante gefunden zu haben, die konsensfähig, umsetzbar und finanzierbar ist. Die Arbeitsgruppe wird sich am 20. März zum ersten Mal treffen. Alle Ergebnisse bzw. Schritte der Arbeitsgruppe werden in unseren zuständigen Fachausschüssen vorgestellt und diskutiert werden. Weiterer Sachverstand, ob aus den Reihen der Verwaltung, der Stadtvertretung oder anderweitig Fachkundigen wird bei Bedarf hinzugezogen.

Parallel dazu wird der Umbau der Marcus-Schule zur „inkluisiven Schule“ weiter vorbereitet. Die Ausschreibung der Planungsleistungen ist aufgrund seines Wertumfanges Europaweit vorzunehmen und wird aufgrund seiner Komplexität durch ein darauf spezialisiertes Ingenieurbüro durchgeführt werden.

Der Tag der „Offenen Tür“ in der Marcus-Schule am 12. Januar und des Grewe-Gymnasiums am 19. Januar, wurde durch die Eltern und andere Interessierte wieder gut angenommen. Von dieser Stelle aus nochmal ein Dankeschön an die Schüler und Lehrer, die diesen Tag organisiert und gestaltet haben.

Nach langer Diskussion auf Bundesebene soll nun auch der „Digitalpakt“ für die Schulen starten. Geplant ist es, 40.000 € für die Grundschule und 50.000 € für die Regionalschule plus eine weitere Zuweisung, abhängig von der Schülerzahl, zur Verfügung zu stellen. Konkrete Aussagen über die Umsetzung des „Digitalpaktes“ gibt es aber noch nicht.

Am 30. Januar 2019 fand im Bürgerhaus von Neukalen die erste Verbandsversammlung der 7. Legislaturperiode des Wasser- und Bodenverbandes (WBV)

„Obere Peene“ statt. Schwerpunkt der Verbandsversammlung war der Beschluss des Haushaltsplanes für das Jahr 2019, der ja eine Beitragsanhebung für die Gewässerunterhaltung vorsieht. Einige interessante Zahlen und Fakten aus dem Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstehers:

- Unterhaltungskosten je lfd.m Wasserlauf (offen und verrohrt): 0,62 €/m
- Kosten für die Beseitigung von Biberschäden 2018: ca. 50.000 €
- Preissteigerung für Gewässerunterhaltung 2019 - 2021 gegenüber 2015 - 2018: + 17%
- Kamerabefahrung in verrohrten Abschnitten: ca. 6.500 €/km
- Neufassung des Landeswassergesetzes wird seit 1996 diskutiert, es soll noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden
Ziel des zuständigen Minister: „Wasser in eine Hand“
WZV und WBV sollen zusammengeführt werden
- Auftrag durch Verbandsmitglieder an die Geschäftsführung des WBV: Prüfen, ob sich ein eigener Bauhof wirtschaftlicher (gegenüber Ausschreibung der Unterhaltungsleistungen) betreiben lässt

Am 11. Dezember 2018 fand auf Einladung des Kreisvorsitzenden des Städte- und Gemeindetages in Neubrandenburg die Mitgliederversammlung statt. Schwerpunkte der Beratung waren u.a.:

- Rückblick und Ausblick auf die Kreisentwicklung durch den 1. stellvertretenden Landrat, Herrn Kai Seiferth
- Informationen zur Kreisumlageentwicklung der Landkreise in M-V und besonders im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
- Informationen zu den geplanten Erleichterungen im Bereich der DOPPIK
- Informationen zum Haushaltsplan der Geschäftsstelle, hier insbesondere zur künftigen Beitragsentwicklung
(Steigerung des Beitrags von derzeit 0,68 €/Einwohner auf 0,86 €/Einwohner ab 2020).

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem das geringe Interesse der Bürgermeister an der Mitgliederversammlung gerügt (18 von 155 Bürgermeistern waren anwesend).

Die Überprüfung des Biomasseheizwerkes der Firma Agrotherm GmbH durch den TÜV Nord Umweltschutz konnte im vergangenen Jahr nicht abschließend durchgeführt werden (siehe letzten Verwaltungsbericht).

Diese Prüfung wurde nun durch den TÜV Nord Umweltschutz noch einmal durchgeführt. Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass alle Werte durch die Agrotherm GmbH eingehalten werden. Die Anlage arbeitet somit mängelfrei. In der Anlage 2 sehen sie die Zusammenfassung der Messungen. Herr Bork als Geschäftsführer der Agrotherm GmbH wird als Gast zu unserer nächsten Stadtvertreterversammlung kommen und Fragen, die Sie zum Betrieb der Anlage und zu den aktuellen Prüfmessungen haben, beantworten.

Das diesjährige EUROPART- Treffen findet vom 13. bis 16. Juni in Luxemburg statt. 40 Teilnehmer werden die Reise in unsere Partnerstadt Hesperingen antreten, davon 30 Kinder und Jugendliche sowie deren Betreuer. Aus den Reihen der Stadtvertreter ist vorgesehen, aus jeder Fraktion einen Vertreter mit nach Luxemburg zu bitten. Bei Interesse melden Sie sich bitte bis zum 15. März bei Frau Reißer.

Unser langjähriger Partner und Geschäftsführer der LEG Rosenow, Herr Witt, wurde am 25. Januar in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Neuer Geschäftsführer der LEG Rosenow ist Herr Hoff.

Im Rahmen des Sozialkundeunterrichts der Klassenstufen 9 führten die unterrichtenden Fachlehrer wieder das Projekt „Die Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger und Bürgerinnen- Wir machen mit“ im Zeitraum vom 7. Januar bis 1. Februar durch. Die Schüler haben in dieser Zeit in sechs Gruppen sechs fiktive Parteien gegründet und dazu ein Parteiprogramm geschrieben. Die Schwerpunkte waren in diesem Jahr:

- Umweltschutz – eine Sache für Malchin von Malchinern
- Öffentliche Aktivitäten für Jung und Alt
- Erneuerung der Straßen – nur ein Bereich der Infrastruktur - evtl. geht mehr
- Soziale Hilfe verstärken – zusammen kann viel geleistet werden
- Bessere Pflege der Stadt – ein „Wohnzimmer“ schaffen zum Wohlfühlen
- Schulbildung – was wollen wir in Zukunft tun bzw. was sind wir bereit zu geben?

Die große finale Wahlkampfveranstaltung fand am 1. Februar im Stadthaus von Malchin statt. Interessant war, wie sich die jungen Leute ins Zeug legten und durchaus sehr interessante Problemlösungen vorgeschlagen haben, von der die eine oder andere von uns auch umgesetzt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter.

Am 26. Mai werden die kommunalen Vertretungen (Stadt- und Gemeindevertretungen und der Kreistag) sowie die Mitglieder des Europäischen Parlamentes neu gewählt. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren. Wahlbewerber können sich noch bis zum 12. März 2019, 16.00 Uhr für ein Mandat bewerben. Der für die Wahlen notwendige Wahlausschuss wurde berufen und wird sich am 26. März 2019 um 17.00 Uhr zu seiner ersten Sitzung treffen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie bitten, uns bei der Suche nach weiteren Helfern für die Wahlvorstände aktiv zu unterstützen.

Nun einige statistische Daten zu unseren Sitzungen und Beratungen der städtischen Gremien 2018:

Stadtvertretung: 6

Ausschuss für Schule, Kultur, Sport, Jugend, Senioren und Soziales: 6

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr, und Umwelt: 7

Finanzausschuss: 6

Hauptausschuss: 5

OTV Gorschendorf: 3

OTV Remplin: 4

Rechnungsprüfungsausschuss: 9

Präsidium der Stadtvertretung: 6

Fraktionssitzungen insgesamt: 23

Im Jahr 2018 wurden zudem insgesamt 150 Beschlussvorlagen erarbeitet, beraten und beschlossen.

In der Anlage 3 zu meinem Verwaltungsbericht finden Sie auch die Ergebnisse der Konjunkturmfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern.

Erinnern und gleichzeitig einladen möchte ich Sie zu unserem ersten Rathausball am 13. April 2019.

Axel Müller
Bürgermeister

**Meine sehr geehrte Damen und Herren Stadtvertreter,
werte Einwohnerinnen und Einwohner,**

der Verwaltungsbericht des Bürgermeisters liegt Ihnen allen vor.

Ergänzend möchte ich Ihnen dennoch einige kurze Informationen geben:

Am 24.01.2019 fand die Einwohnerversammlung hier im Rathausaal statt. Neben den Informationen zum Lärmaktionsplan und zu den geplanten Vorhaben der Stadt im Jahr 2019 und den Folgejahren antwortete die Verwaltungsleitung auf die vielfältigen Fragen der Anwesenden. Zu den aufgeworfenen Fragestellungen werden wir in einem der nächsten Generalanzeiger nochmals ausführlicher berichten.

Das Bodenordnungsverfahren Remplin ist mit Datum vom 27.02.2019 nunmehr endlich bestandskräftig beendet. Das Verfahren lief seit dem 02.04.1993.

Gestern fand in unserem Hause eine nichtförmliche Anhörung des Landkreises zum Bauvorhaben „Silos“ statt. An dieser nahmen auch die betroffenen Anwohner teil. Der Landkreis teilte mit, dass er das durch die Stadt Malchin nicht erteilte Einvernehmen ersetzen wird und demnächst die Baugenehmigung erteilt.

Außerdem kann ich Ihnen mitteilen, dass die Stadt Malchin nunmehr keine Risiken mehr bezüglich der Übernahme von Ausfallbürgschaften hat. Die Stadt Malchin hatte im Jahr 1999 noch etwa 21,3 Mio. € an Ausfallbürgschaften zugunsten ihrer Tochtergesellschaft. Der Rechnungsprüfungsausschuss hatte damals gefordert, dieses Risiko sukzessive zu reduzieren. Dies ist erfolgt. Nunmehr wurden die verbleibenden Ausfallbürgschaften in Höhe von ca. 1,9 Mio. € zum 31.12.2018 zurückgefordert und das Bürgschaftsvolumen beträgt 0 €.

Das diesjährige EUROPART- Treffen findet im Zeitraum vom 13.06.- 16.06.2019 in unserer Partnerstadt Hesperange in Luxemburg statt. Mit einer 40- köpfigen Delegation werden wir per Bus nach Luxemburg reisen. Die Staatskanzlei Mecklenburg- Vorpommern unterstützt unser Vorhaben mit 1.500 €.

Am 27.02.2019 fand die erste Amtsausschusssitzung des Jahres 2019 statt. In der Sitzung wurde die Brandschutzbedarfsplanung für das Amtsgebiet beschlossen. Die Planung wird nunmehr bei der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt.

Am vergangenen Freitag fand die Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Malchin statt. Im Namen der Stadtverwaltung und der Stadtvertretung dankte Herr Feldmann den Kameradinnen und Kameraden für ihr ehrenamtliches Engagement.

Laut Planung wollen wir in diesem Jahr mit finanzieller Unterstützung des Landes und des Landkreises eine Drehleiter für unsere Freiwillige Feuerwehr anschaffen. In diesem Zusammenhang wird am kommenden Mittwoch, dem 13.03.2019, um 16.30 Uhr die Firma Magirus unverbindlich eine Drehleiter vorführen. Wer Interesse hat, kann gern am Feuerwehrgebäude dabei sein.

Gestern fand die erste Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (kurz ISEK) in der Verwaltung statt. Nach erfolgter Ausschreibung hat die uns allen bekannte Firma WIMES den Zuschlag erhalten. Nunmehr wird ein Arbeits- und Zeitplan entwickelt und die Fachausschüsse und die Stadtvertretung werden anschließend in den Prozess mit eingebunden. Zielstellung ist es, das fortgeschriebene Konzept spätestens zum Jahresende zu beschließen.

Meine Damen und Herren,

ich habe heute aus Verwaltungssicht die Beschlussvorlage Nr. 2019/MC/016 zurückgezogen. Dies resultiert aus konstruktiven Diskussionen mit den Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Ortsteilvertretungen zur Zukunft der Ortsteilvertretungen. Ich denke, dass wir gemeinsam einen positiven zukunftsweisenden Beschlussvorschlag entwickelt haben, der Ihnen heute mit dem Beschlussvorschlag zur 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung zur Abstimmung vorgelegt wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



TÜV NORD Umweltschutz

nach § 29 b BImSchG bekannt gegebene Stelle

Bericht über durchgeführte Emissionsmessungen

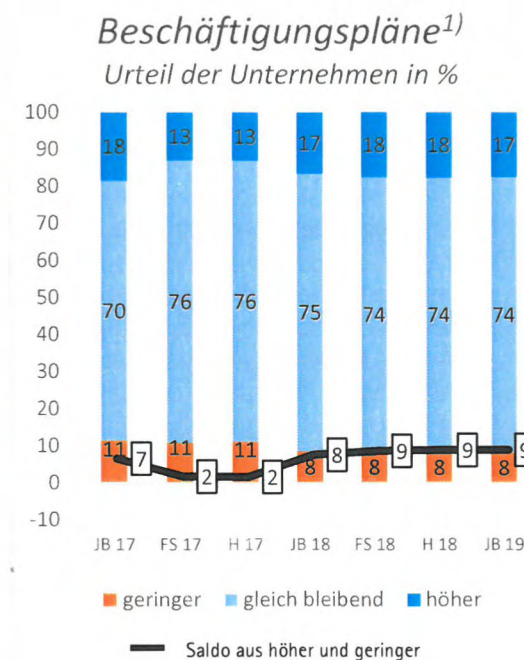
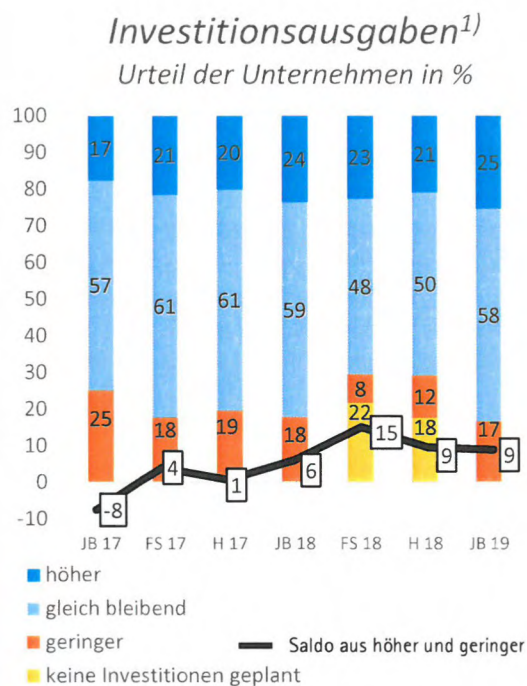
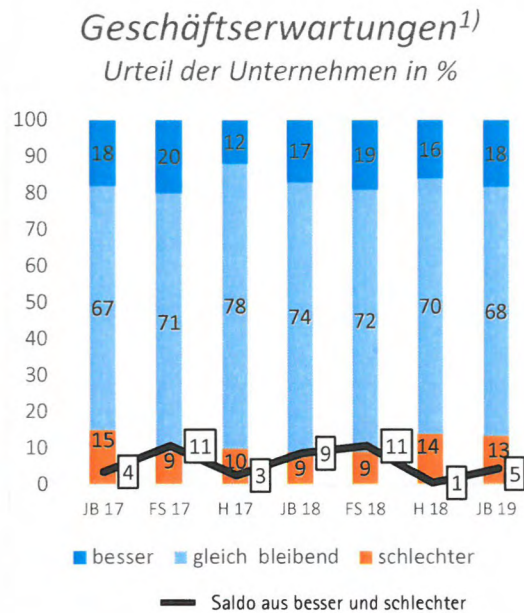
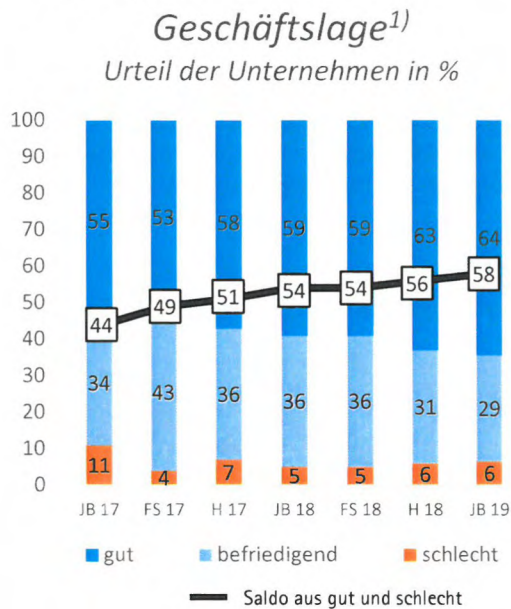
Name der Stelle	TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG
Befristung der Bekanntgabe nach § 29 b BImSchG	bis 04.06.2019
Berichtsnummer (Az.) / -datum	8000666697 / 918EFK188 / 13.02.2019
Laborprüfbericht-Nr.	119UML0068
Betreiber	Agrotherm GmbH
Standort	Gemarkung Malchin, Flur 28, Flurstücke 150/5, 151/10, 151/1
Art der Messung	Emissionsmessungen nach § 28
Bestellnummer / -datum	- / 10.07.2018
Messtermin	24.01.2019
Berichtsumfang	22 Seiten, 4 Anlagen
Aufgabenstellung	Ermittlung der Emissionen durch stichprobenartige Einzelmessungen zur Überprüfung der Einhaltung der Emissionsbegrenzungen

Zusammenfassung

Anlage	Feuerungsanlage für Niedermoorbiomasse				
Betriebszeiten	abhängig vom Wärmebedarf; ca. 3.500 h Vollastbetrieb/Jahr				
Emissionsquelle	Abgaskamin der Feuerungsanlage				
Messkomponenten	Kohlenstoffmonoxid (CO), Stickstoffoxide (als NO ₂), Gesamtkohlenstoff, Gesamtstaub				
Quellennummer	keine Angabe				
Messkomponente	Maßeinheit	maximaler Messwert abzüglich erweiterter Messunsicherheit	maximaler Messwert zuzüglich erweiterter Messunsicherheit	Emissionsbegrenzung (Konzentration)	Betriebszustand
CO	g/m ³	0,03	0,04	0,25	Normalbetrieb
NO+NO ₂	g/m ³	0,42	0,45	0,50	
Gesamtkohlenstoff	mg/m ³	5	10	50	
	kg/h	0,01	0,01	0,50	
Gesamtstaub	mg/m ³	4	6	50	
<p>Die Emissionskonzentrationen und -begrenzungen für die Messkomponenten Kohlenmonoxid (CO) und Stickoxide (NO+NO₂) beziehen sich auf den Normzustand (273,15 K, 101,3 kPa) nach Abzug des Wasserdampfgehaltes und einen Sauerstoffgehalt von 11 Vol.-%.</p> <p>Die Emissionskonzentrationen und -begrenzungen für die Messkomponenten Gesamtkohlenstoff und Gesamtstaub beziehen sich auf den Normzustand (273,15 K, 101,3 kPa) nach Abzug des Wasserdampfgehaltes.</p>					

Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Jahresbeginn 2019



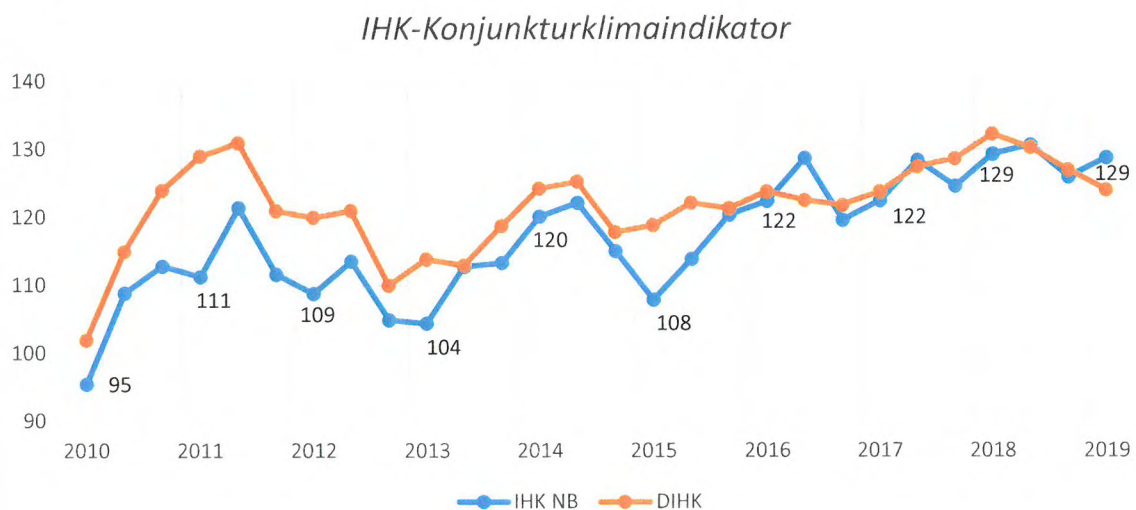
¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Unternehmen sind mit ihrer Wirtschaftslage sehr zufrieden und guter Stimmung

In der IHK-Region hält der Aufschwung an. Seit dem Frühjahr 2017 bezeichnen in allen Umfragen etwa 95 % der Unternehmen ihre Wirtschaftslage als gut oder befriedigend und der Lagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile von „gut“ und „schlecht“) steigt von Umfrage zu Umfrage geringfügig aber beständig. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Unternehmen ihr wirtschaftliches Umfeld für sehr stabil halten.¹ Die Erwartungen hatten sich zur Herbstumfrage 2018 erheblich verschlechtert, weil in dieser Zeit die ersten Meldungen über schlechter laufende Geschäfte aus der Wirtschaft kamen. Nachdem es im Schlussquartal 2018 wieder aufwärts ging, haben sich die Erwartungen für die kommenden 12 Monate in der aktuellen Umfrage erholt. Die Unternehmen, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten, sind klar in der Überzahl.

Zur Abbildung der Einschätzungen der Unternehmen bzgl. der aktuellen Lage und ihrer Erwartungen in einer einzigen Zahl dient der Konjunkturklimaindikator. Er kann Werte von 0–200 annehmen. Die positive Beurteilung der Lage und die gegenüber der Vorumfrage leicht verbesserten Erwartungen bewirken, dass der Konjunkturklimaindikator wieder auf dem Niveau der Vorjahresumfrage liegt. (Abb. 1).

Abb. 1



Die Beschäftigungspläne der Unternehmen sind seit vier Umfragen konstant expansiv. Deshalb ist davon auszugehen, dass auch 2019 in der IHK-Region die Beschäftigung steigen wird. Allerdings werden die Unternehmen voraussichtlich wieder nicht genug geeignete Arbeitskräfte finden, um alle offenen Stellen zu besetzen. Fast zwei Drittel der Unternehmen sehen deshalb den Fachkräftemangel als Risiko für ihre Entwicklung an (Abb. 2). Der im Jahr 2017 erstmals seit Wiedervereinigung erfolgte Nettozuzug in die IHK-Region von Deutschen im Arbeitsalter ist daher als eine sehr positive Entwicklung zu beurteilen. Eng mit dem Mangel an Fachkräften ist die Höhe der Arbeitskosten verbunden. Knapp die Hälfte der Unternehmen – und damit ähnlich viele wie in der Vorumfrage – sehen in den Arbeitskosten ein Risiko für ihre Entwicklung.

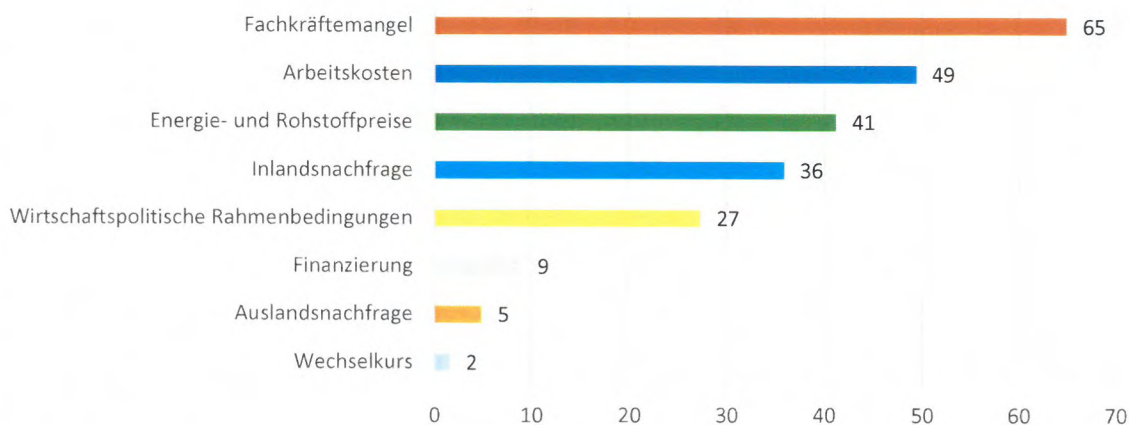
Mit 36 % gegenüber 23 % bei der Vorumfrage nennen nun deutlich mehr Unternehmen die Inlandsnachfrage als Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Hier spielt sicherlich eine Rolle, dass zum Jahresende 2018 die gesamtwirtschaftlichen Prognosen für die Jahre 2018 und 2019 gesenkt wurden.

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 750 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 249. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Verkehr, Gastgewerbe und Dienstleistungen.

Das starke Anziehen der Energiepreise im Verlauf von 2018 hat dazu geführt, dass der Anteil der Unternehmen, der in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko sieht, auf 41 % angestiegen ist. Aufgrund der geringen Außenhandelsorientierung der hiesigen Unternehmen spielt die Auslandsnachfrage und der Wechselkurs als Risiko nur eine geringe Rolle.

Abb. 2

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (Anteil Nennungen in % der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich)



Die für die wirtschaftliche Entwicklung große Bedeutung von Investitionen und das Fehlen aktueller Daten in der öffentlichen Statistik hat uns bewogen, den Investitionen in der Konjunkturumfrage von nun an zwei Fragen zu widmen: Zum einen fragen wir nach der Veränderung der Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Antworten dazu geben Hinweise auf die konjunkturelle Entwicklung. Zum zweiten fragen wir nach der Höhe der Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten, so dass wir die Stärke des Impulses, der von der Investitionstätigkeit ausgeht, besser beurteilen können. Die aktuellen Antworten auf die erste Frage ergeben, dass der Anteil der Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben erhöhen wollen, den Anteil derjenigen, die sie reduzieren wollen, um 9 Prozentpunkte übersteigt. Damit ist es wahrscheinlich, dass die Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum steigen werden. Die Antworten auf die zweite Frage zeigen, dass 63 % der Unternehmen Investitionen unter 500.000 € durchführen wollen. 19 % der Unternehmen planen Investitionsausgaben ab 500.000 €. 18 % der Unternehmen haben keine Ausgaben für Investitionen eingeplant.

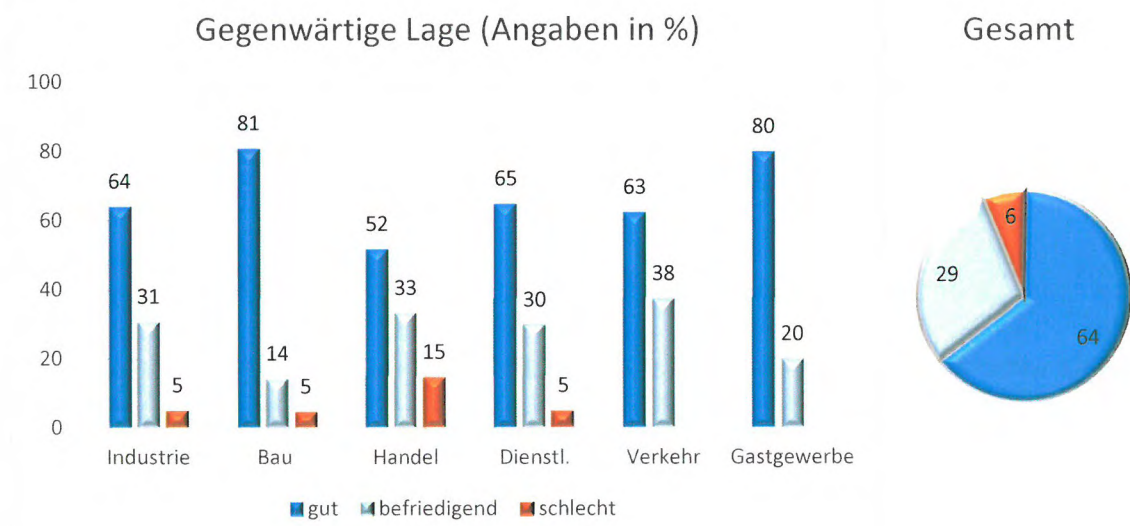
Neben Ersatzinvestitionen, die ähnlich wie in früheren Umfragen, von etwa 70 % der Unternehmen durchgeführt werden, nennen jeweils gut ein Viertel der Unternehmen Rationalisierung, Produktinnovation und Kapazitätsausweitung als ihre Motive. Produktinnovationen haben damit gegenüber den Umfragen der letzten beiden Jahre stark an Bedeutung gewonnen.

Die Entwicklung in den Branchen

Die Industrieunternehmen beurteilen ihre Lage in etwa wie bei der Vorjahresumfrage. Die Umsätze des produzierenden Gewerbes in der IHK-Region sind von Januar bis Oktober 2018 gegenüber dem Vorjahr um knapp 3 % angestiegen (Mecklenburg-Vorpommern: -7 %, vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern). Ihre Gewinnlage schätzen die Industrieunternehmen gegenüber der Vorjahresumfrage deutlich günstiger ein: 38 % (Vorjahresumfrage: 24 %) halten sie für „gut“ und 46 % (Vorjahresumfrage: 61 %) für „befriedigend“. Die Erwartungen in der Industrie an die kommenden 12 Monate haben allerdings gegenüber der Vorjahresumfrage kräftig nachgelassen. Weit weniger Unternehmen erwarten eine

Verbesserung der Lage und erheblich mehr erwarten eine Verschlechterung, sodass der Erwartungssaldo von 33 Prozentpunkten auf nun 10 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Während vorsichtigere Erwartungen im Allgemeinen die Investitionsbereitschaft dämpfen, wird sie durch eine gute Gewinnlage angeregt. Aus der aktuellen Umfrage geht ein Anstieg der Investitionsbereitschaft im Vergleich zur Vorjahresumfrage hervor: Der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen Anteile von „höher“ und „geringer“ –Antworten) liegt bei 5 gegenüber -3 Prozentpunkten. Kapazitätsausweitung hat als Investitionsmotiv an Bedeutung verloren. Demgegenüber haben Rationalisierung und vor allem Produktinnovation an Bedeutung gewonnen. Abb. 6 zeigt, dass in der Industrie der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 12 Monaten Investitionsausgaben von mehr als 500.000 € planen, mit 34 % weit über dem Durchschnitt der Branchen (18 %) liegt. Gegenüber der Vorjahresumfrage sind die Beschäftigungspläne etwas weniger expansiv. Dies könnte daran liegen, dass die Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung nachgelassen haben. Dadurch sind Kapazitätsausweitungen und damit verbundene Personaleinstellungen weniger wichtig geworden.

Abb. 3

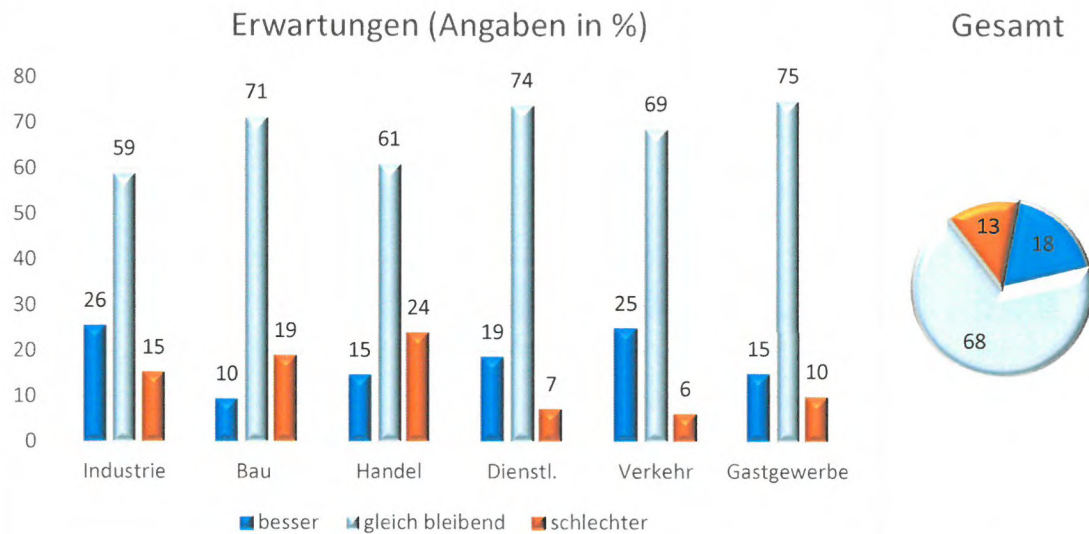


In der Baubranche halten 81 % der Unternehmen ihre Lage für „gut“; das sind gut 20 % mehr als vor einem Jahr. 5 % sind unzufrieden (Vorjahresumfrage: 0 %). Von Januar bis Oktober 2018 ist der Umsatz im Baugewerbe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um knapp 7 % gestiegen. Vor allem der öffentliche Bau und der Wirtschaftsbau haben positiv dazu beigetragen, während der private Wohnungsbau die Umsatzentwicklung gebremst hat. 57 % der Unternehmen bezeichnen ihre Gewinnlage als „gut“, nur 5 % als „schlecht“. Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind vorsichtiger als vor einem Jahr. Der Erwartungssaldo liegt bei -9 Prozentpunkten (Vorjahresumfrage: 6 Prozentpunkte). Da die Auftragslage sogar noch etwas besser als im Vorjahr beurteilt wird, ist der Grund für die vorsichtigeren Erwartungen wahrscheinlich eher darin zu sehen, dass die Unternehmen angesichts ihrer sehr guten Lage es nicht für wahrscheinlich halten, dass sich ihre wirtschaftliche Lage 2019 nochmals verbessert.

Die Baubranche wird zu einem Anstieg der Investitionsausgaben in diesem Jahr beitragen. Der Investitionssaldo ist seit der Vorjahresumfrage von 6 auf 19 Prozentpunkte angestiegen und der Anteil der Unternehmen, der keine Investitionen plant, liegt mit 10 % deutlich unter dem branchenübergreifenden Durchschnitt (Abb. 6) Auch im Baugewerbe wird die gute Gewinnlage den Ausschlag für die höhere Investitionsbereitschaft gegeben haben. Fast alle Unternehmen planen Ersatzinvestitionen. Die hohe Kapazitätsauslastung verbunden mit großen Schwierigkeiten, Arbeitskräfte zu finden, regt die Unternehmen zu Rationalisierungsinvestitionen an. Bei der Vorjahresumfrage nannten nur 12 % der antwortenden Unternehmen Rationalisierung als Investitionsmotiv, nun sind es 37 %. Erweiterungsinvestitionen werden aufgrund des Fachkräftemangels und der vorsichtigeren Erwartungen für das kommende Jahr nur von wenigen Betrieben in Betracht gezogen. Im Wesentlichen sind die Unternehmen bestrebt, die Zahl ihrer Mitarbeiter zu erhalten und schon das ist aufgrund der

Altersfluktuation eine Herausforderung. Insofern ist der Beschäftigungssaldo von – 5 Prozentpunkten wohl eher als ein unfreiwilliger Rückgang der Beschäftigung zu interpretieren.

Abb. 4



Die Handelsunternehmen schätzen ihre Lage etwas schlechter ein als bei der Vorjahresumfrage. Zwar bezeichnen immer noch mehr als die Hälfte der Unternehmen ihre Lage als „gut“, inzwischen halten sie aber 15 % der Unternehmen für „schlecht“ (Vorjahresumfrage 5 %). Auch ihre Gewinnlage beurteilen sie schlechter. Durch geringere Arbeitslosigkeit und Lohnsteigerungen ist die Kaufkraft in der IHK-Region zwar im vergangenen Jahr gestiegen, aber der ungewöhnlich heiße Sommer hatte zur Folge, dass weniger Kunden die Einzelhandelsgeschäfte aufsuchten. In der Modebranche führte der lang anhaltende Sommer dazu, dass sich die Kollektionen für die Übergangszeiten schlechter verkauften und mit Rabatten angeboten werden mussten. Die Handelsunternehmen blicken wenig optimistisch in die Zukunft. Für die nächsten 12 Monate erwarten mehr Unternehmen eine Verschlechterung ihrer Lage als eine Verbesserung. Die erwarteten Auswirkungen der neuen Bäderregelung, in der die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage gegenüber der bisherigen Regelung eingeschränkt wurde, konnten von den Unternehmen zum Umfragezeitpunkt noch nicht berücksichtigt werden. Die schlechtere Stimmung wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft aus. Nur noch wenige Unternehmen wollen ihre Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahr erhöhen, 12 % wollen sie reduzieren. Der Anteil der Unternehmen, die keine Investitionen plant, liegt mit 37 % doppelt so hoch wie in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt. Im Handel halten sich die Unternehmen, die Beschäftigung auf- und abbauen wollen, die Waage, sodass keine Impulse auf den Arbeitsmarkt zu erwarten sind.

Abb. 5

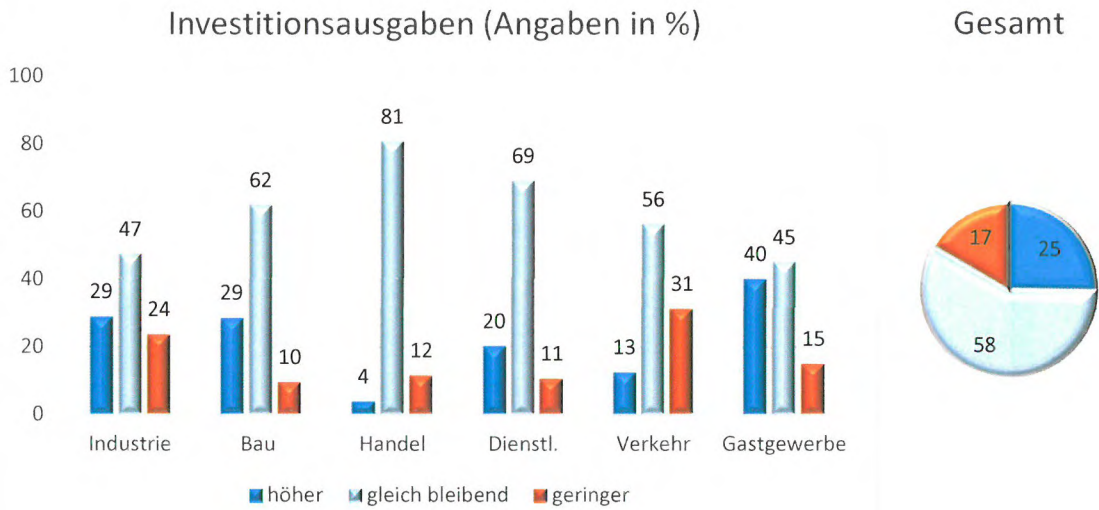
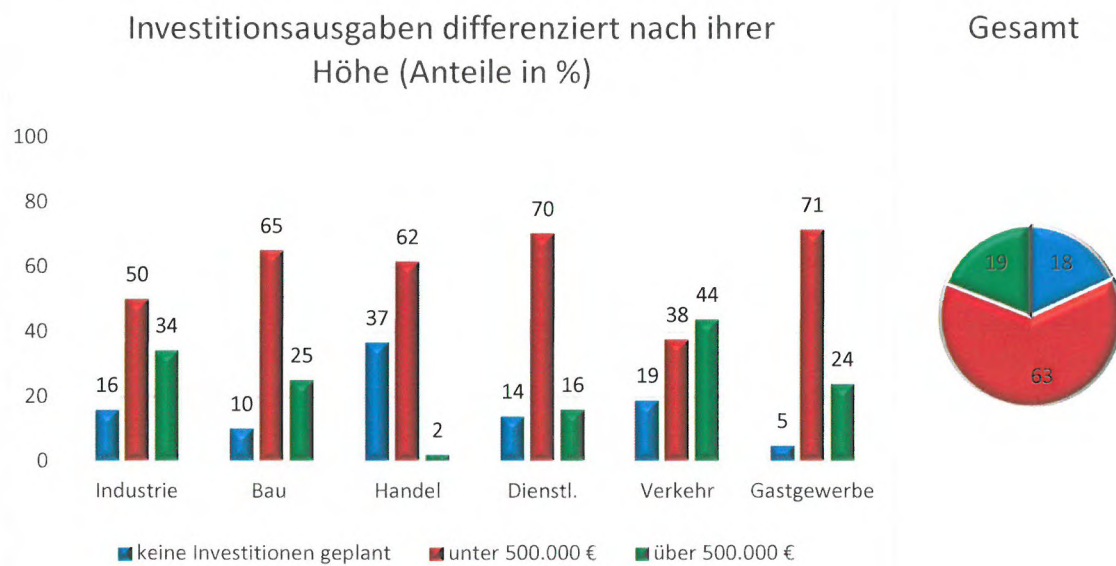


Abb. 6

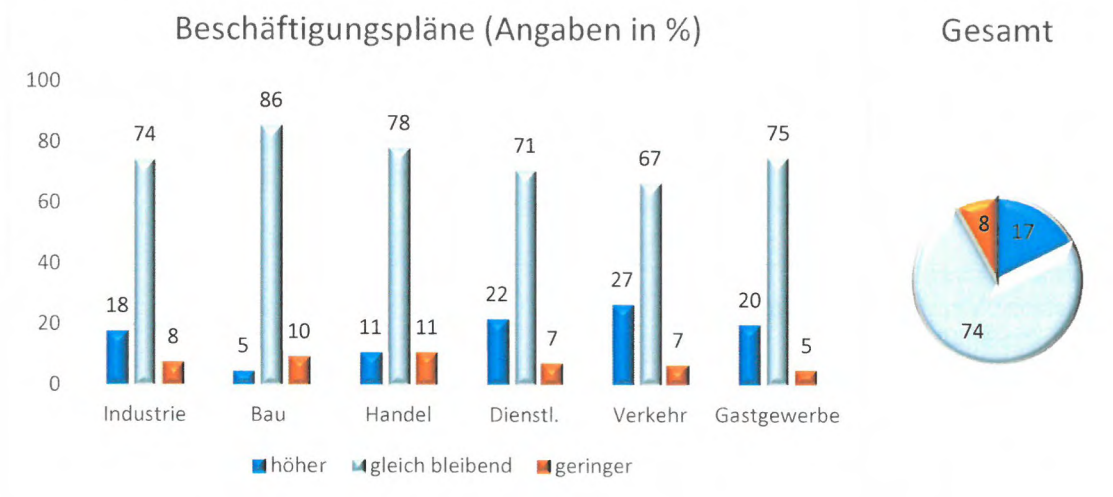


Die Lage in den Dienstleistungsbranchen hat sich gegenüber der Vorjahresumfrage noch etwas verbessert. Insbesondere die haushaltsnahen Dienstleister beurteilen ihre Lage positiv, kein Unternehmen ist unzufrieden. Jedes zweite beurteilt seine Gewinnlage als „gut“. Sie haben vom Anstieg der Kaufkraft in der IHK-Region profitiert. Auch mit ihrer Auftragslage sind sie sehr zufrieden. Angesichts ihrer sehr guten aktuellen Lage halten es einige haushaltsnahe Dienstleister für nicht wahrscheinlich, dass das Jahr 2019 noch eine weitere Verbesserung bringen wird. So kommt es, dass der Erwartungssaldo der haushaltsnahen Dienstleister mit 6 Prozentpunkten deutlich unter dem der unternehmensnahen mit 15 Prozentpunkten liegt. Ihre gute Gewinnlage planen fast 30 % der haushaltsnahen Dienstleister für erhöhte Investitionsausgaben zu nutzen. Nur 9 % planen nicht zu investieren. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern halten sich dagegen die Unternehmen, die mehr und die weniger investieren wollen, in etwa die Waage. 17 % planen keine Investitionsausgaben. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern ist allerdings der hohe Anteil von Unternehmen, die Produktinnovationen (38 %) und Erweiterung (41 %) als Investitionsmotiv angeben, bemerkenswert.

Die Dienstleistungsunternehmen planen weiterhin einen Beschäftigungsaufbau. Hier äußern sich die unternehmensnahen Dienstleister deutlich positiver. 30 % wollen ihre Beschäftigung ausdehnen, nur 4 %

einschränken. Die expansiven Beschäftigungspläne sind in Anbetracht der von ihnen geplanten Erweiterungsinvestitionen erklärlich.

Abb. 7



In der Verkehrsbranche halten knapp zwei Drittel der Unternehmen ihre Lage für „gut“ und keines ist unzufrieden. Da die Auftragslage ebenso gut aussieht, sind die Unternehmen auch noch für die kommenden 12 Monate sehr optimistisch. Jedes vierte Unternehmen erwartet eine Verbesserung seiner Lage und nur 6 % eine Verschlechterung. Allerdings beklagt die Branche nach wie vor ihre Gewinnsituation. Die Preise für Transportleistungen stehen durch den Wettbewerb mit osteuropäischen Unternehmen stark unter Druck. Daher ist der Anteil der Unternehmen, die in den Arbeitskosten ein Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung sehen, im Verkehrsgewerbe mit knapp 70 % erheblich größer als in den anderen Branchen. Die ungünstige Gewinnsituation gibt den Unternehmen weniger Spielraum für Investitionen. Weitaus mehr Unternehmen planen, ihre Investitionsausgaben zu reduzieren als zu erhöhen. Allerdings haben die Investitionen, die geplant sind, ein erheblich größeres Volumen als in den anderen Branchen. 44 % der Unternehmen plant Investitionsausgaben von mehr als 500.000 € (Branchendurchschnitt 19 %). Fast alle Verkehrsbetriebe führen Ersatzinvestitionen durch. Darüberhinaus nennen 46 % der Unternehmen Rationalisierung als Investitionsmotiv. Da im Verkehrsgewerbe fast 90 % der Unternehmen den Fachkräftemangel als ein Geschäftsrisiko ansehen und sie aufgrund der Wettbewerbssituation weniger Möglichkeiten haben, steigende Arbeitskosten auf ihre Preise zu überwälzen, erscheint Rationalisierung als Ausweg. Die Beschäftigungspläne sind dennoch expansiver als vor einem Jahr.

80 % des Gastgewerbes bezeichnen ihre Lage als „gut“, 20 % als „befriedigend“. Die Beherbergungsbetriebe haben vom trockenen und warmen Wetter im vergangenen Jahr profitiert. Die Zahl der Übernachtungen ist von Januar bis Oktober 2018 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3 % gestiegen. Obwohl nicht mit einem weiteren überdurchschnittlich guten Sommer gerechnet werden kann, überwiegt die Anzahl der Unternehmen, die für die kommenden 12 Monate eine weitere Verbesserung erwarten, die Skeptiker. Dies wird daran liegen, dass die Unternehmen schon jetzt einen hohen Vorbuchungsstand für 2019 verzeichnen. 70 % der Betriebe beurteilen ihre Auftragslage als „gut“, nur 5 % als „schlecht“. Die Gewinnsituation wird von jeweils 45 % der Betriebe als „gut“ und als „befriedigend“ eingeschätzt. Die gute Gewinnlage regt die Investitionsbereitschaft an, sodass 40 % der Unternehmen ihre Investitionsausgaben steigern wollen, nur 15 % wollen sie reduzieren. Wenige Unternehmen planen keine Investitionsausgaben. Auch das Gastgewerbe strebt einen weiteren Beschäftigungsaufbau an. Jedes fünfte Unternehmen möchte seine Beschäftigung ausweiten, nur 5 % der Betriebe wollen sie reduzieren. Angesichts des großen Fachkräftemangels im Gastgewerbe, könnten die Unternehmen Schwierigkeiten haben, den geplanten Beschäftigungsaufbau zu realisieren.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Wirtschaft der IHK-Region ist momentan in einer stabilen Verfassung. Sie beurteilt ihre Gewinn- und Auftragslage positiv und blickt optimistisch auf das Jahr 2019. Diese Situation schafft ein positives Investitionsklima, sodass mit steigenden Investitionsausgaben gerechnet werden kann. Die Beschäftigung wird weiter zulegen, auch wenn der Fachkräftemangel bremsend wirkt. Die stärkere Kaufkraft der privaten Haushalte hier und in Deutschland insgesamt wird sich in höheren Ausgaben für Produkte und Dienstleistungen aus der IHK-Region niederschlagen. Dies sind gute Bedingungen dafür, dass sich der Aufschwung 2019 fortsetzt. Sollte sich das gesamtwirtschaftliche Klima in Deutschland allerdings stärker als bislang erwartet eintrüben, würden Aufträge storniert und geplante Investitionsvorhaben aufgeschoben werden. Der Aufschwung in der IHK-Region wäre gefährdet.

IHK Neubrandenburg

für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Postfach 11 02 53
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail gorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de

